

Antworten von Dr. Stefan Heck (CDU) auf Fragen zur Impfpflicht-Debatte

From: Heck Stefan
Subject: AW: Fragen zur Impfpflichtdebatte
Date: Wed, 16 Mar 2022 16:38:59 +0000

Sehr geehrter Herr Michler,

haben Sie herzlichen Dank für den Fragenkatalog.

1.) Fragen zur Impfpflicht

- **Wie viele Menschen, die bisher noch nicht geimpft waren, würden durch eine Impfpflicht (gegen ihren Willen) geimpft werden?**

Es gibt noch keine zentrale Erfassung der geimpften und ungeimpften Bürgerinnen und Bürger. Laut dem Robert Koch-Institut sind rund 20 Mio. Menschen in Deutschland bislang noch ungeimpft, darunter 4 Mio. Kinder unter fünf Jahren, für die es derzeit noch keinen zugelassenen Impfstoff gibt, und 2,8 Mio. Personen im Alter ab 60 Jahren.

- **Wie viele Leben würden durch diese zusätzlichen Impfungen gerettet?**

Das lässt sich pauschal nur schwer beantworten. Die Effektivität der Lebensrettung anderer durch einen Impfschutz der gesamten Bevölkerung ist davon abhängig, wie tödlich oder gefährlich die kommenden Virusvarianten sein werden.

- **Wie viele Tote durch Impfnebenwirkungen sind statistisch gesehen nach aktuellem wissenschaftlichen Stand unter den gegen ihren Willen Geimpften zu erwarten?**

Die Impfstoffentwicklung folgt in Deutschland einem streng kontrollierten Prozess, der von nationalen bzw. EU-Behörden durchgeführt wird. Ein Impfstoff wird daher in Deutschland nur dann zugelassen, wenn feststeht, dass die gewünschte Wirkung gegenüber den aufgetretenen Nebenwirkungen eindeutig überwiegt, sowie wenn dieser an genug Personen getestet wurde. Hierdurch wird für die Gewährleistung von Qualität, Sicherheit und Wirksamkeit eines Stoffes gesorgt. Bei der Impfung gegen Covid-19 ist dies nicht anders.

- **Wie viele schwere Impfnebenwirkungen sind statistisch gesehen nach aktuellem wissenschaftlichen Stand unter den gegen ihren Willen Geimpften zu erwarten?**

Das Risiko einer schwerwiegenden unerwünschten Nebenwirkung nach einer COVID-19-Impfung ist laut Angaben des Bundesgesundheitsministeriums mit 0,02 Prozent sehr gering – betroffen ist davon durchschnittlich nur eine von 5.000 Personen. Basierend auf der oben genannten Schätzung, dass bislang noch ca. 20 Millionen Bürgerinnen und Bürger ungeimpft sind, würde das bedeuten, dass es bei ca. maximal 4.000 Bürgerinnen und Bürgern zu einer schweren Nebenwirkung kommen könnte.

- **Offenkundig wird bei einer Impfpflicht das Leben und die Gesundheit der gegen ihren Willen Geimpften gegen das Leben anderer Menschen abgewogen. Sehen Sie eine solche Abwägung von Leben gegen Leben als gerechtfertigt an – insbesondere vor dem Hintergrund, dass das Bundesverfassungsgericht 2006 in seinem Urteil zum Luftsicherheitsgesetz (1 BvR 357/05) das staatliche Tötungen Unschuldiger zum Schutze anderer Menschen als nicht mit der Menschenwürde vereinbar beurteilt hat?**

Hinsichtlich der Abwägung des Gesundheitsrisikos derjenigen Ungeimpften, die von einer Impfpflicht betroffen wären, und dem Leben der durch COVID-19 akut gefährdeten Bürgerinnen und Bürger, ist unabhängig von einem tatsächlichen Gesundheitsrisiko im Hinblick auf die Wahrung der Grundrechte Vorsicht geboten.

Ich setze in den nächsten Monaten auf Einsicht und Freiwilligkeit. Eine allgemeine Impfpflicht gegen COV-SARS2 ist für mich nur die Ultima Ratio.

Dennoch ist es wichtig, vorausschauend zu agieren und zügig darüber zu beraten, wie wir unser Land vor künftigen Infektionswellen schützen können. Der von meiner Fraktion beschlossene Impfvorsorgeantrag und das darin enthaltene Stufenmodell sollen die Funktionsfähigkeit des Gesundheitssystems und der kritischen Infrastruktur bei möglichst schonendem Eingriff in die Freiheitsrechte gewährleisten.

Um dieses Ziel zu erreichen, benötigen wir eine u.a. eine Datengrundlage über den Impfstatus der verschiedenen Altersgruppen in Form eines rechtssicheren, datenschutzkonformen und unbürokratischen Impfreisters. Zur Intensivierung der Impfkampagne setze ich mich zudem dafür ein, dass auch diejenigen Bürgerinnen und Bürger umfassend informiert werden, die durch die aktuelle Impfkampagne bislang noch nicht erreicht worden sind. Der geplante Ausbau unserer Impfinfrastruktur soll außerdem sicherstellen, dass wir vor Ort ausreichende Strukturen neben den Arztpraxen zur Verfügung haben, sodass flächendeckende Impfungen möglich sind. Durch eine regelmäßige Berichtspflicht der Bundesregierung sollte insbesondere über neue Erkenntnisse bezüglich der Gefährdung der vulnerablen Gruppen, der Belastung des Gesundheitssystems und der kritischen Infrastruktur regelmäßig informiert werden. Auch eine regelmäßige Stellungnahme des Bundesministeriums der Gesundheit zu der Frage, ob, ab wann und in welchem Umfang der Impfmechanismus durch den Bundestag aktiviert werden sollte, wird notwendig sein. Letztlich benötigen wir noch eine vorausblickende gesetzliche Regelung, die mit einem gestuften Impfmechanismus Deutschland gut schützt. Dieser muss die mögliche Krankheitslast der aktuellen Virusvariante, deren Übertragbarkeit, die Wirksamkeit des dann verfügbaren Impfstoffes, die Erforderlichkeit und den Umfang der Immunität der Bevölkerung umfassen. Auch, wenn anhand dieser Kriterien eine Aktivierung des Impfmechanismus in Betracht kommen sollte, muss zunächst eine sorgsame Verhältnismäßigkeitsprüfung erfolgen.

Ich bin davon überzeugt, dass dieser Vorsorgeantrag eine rechtssichere Möglichkeit darstellt, um unser Land vor zukünftigen Virusvarianten im Herbst zu schützen. Gleichzeitig richtet sich unser Antrag an alle, die sich für eine umsichtige und besonnene Politik einsetzen.

2.) Fragen zu Informationsquellen

• Laut Informationen auf der Seite <https://www.mwgfd.de/das-mwgfd-corona-ausstiegskonzept/> ist Ihnen am 31.01.2022 ein Schreiben des Vereins „Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie, e.V.“ zugegangen, in dem Sie über das „MWGFD-Corona-Ausstiegskonzept“ informiert wurden. Dieses umfasst u.a. das Dokument „Fakten, Argumente, Daten“: <https://www.mwgfd.de/wp-content/uploads/2022/01/2022-01-28-MWGFD-Corona-Ausstiegskonzept-Web.pdf>

Können Sie bestätigen, dieses Dokument erhalten zu haben, und haben Sie es sich angesehen?

Eine Gruppe von 81 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern hat auf der Seite [7argumente.de](https://www.7argumente.de) sorgfältig herausgearbeitet, warum eine Covid-19-Impfpflicht verfassungswidrig ist. Kennen Sie diese Seite?

Sowohl die Ansichten des Vereins „Mediziner und Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie, e.V.“ als auch die der Seite [7argumente.de](https://www.7argumente.de) sind mir bekannt. Ich hatte daher die Gelegenheit, mich mit beiden kritisch auseinanderzusetzen.

Beste Grüße

Ihr
Stefan Heck